

# Überlegungen zur Lebensmittelversorgung in Krisenzeiten - ein typisch österreichischer Weg

von [Anonym/crashvorsorge@web.de](mailto:Anonym/crashvorsorge@web.de)

Datum: 2009-07-08

Zivilschutz ist in Österreich dem Innenministerium zugeordnet, wesentliche Kompetenzen, sind aber Sache der Länder. Diese Aufgabenverteilung führt dazu, dass man bei Recherchen beide Ebenen berücksichtigen muss.

## --- staatliche Vorsorge ---

Leider muss man ich meinen Artikel über die Nahrungsmittel-versorgung in Krisensituationen damit beginnen, aufzuzählen, was es nicht gibt. Um es schlicht und präzise zu sagen:

**Es gibt in Österreich keine staatlichen Vorräte für die Bürger.**

Mit "keine" ist auch exakt das gemeint. Nicht wenig, nicht unzureichend, sondern gar **KEINE**.

Die Vorräte des Bundesheers reichen aus, um 30 Tage lang das Bundesheer(!) und "Schlüsselkräfte aus den systemrelevanten Ministerien" zu erhalten. Das bedeutet, dass das Heer sich selbst, die Polizisten, die auf der Straße unterwegs sind und etwa 500-1000 Personen ein Monat lang, mit Gulaschsuppe und Dosenbrot ernähren kann.

Leider sind die Bilder von Gulaschkanonen und Ausspeisungen in Hochwasserkatastrophen oder Lawinenunglücken für viele Menschen irreführend. Bei Anlassfällen, die auf ein kleines Gebiet beschränkt sind, werden alle geeigneten Kräfte, aus ganz Österreich zusammengezogen und in dieses Gebiet befohlen. Wenn nur eine Region wie das Kamptal, die Wachau oder ein Tiroler Tal betroffen ist, dann kann das Heer in diesem Gebiet relativ viel bewirken. Wenn jedoch, wie bei einer Pandemie oder dem Finanzkollaps das ganze Staatsgebiet betroffen ist, funktioniert diese Methode natürlich nicht.

## ***Die Nichtexistenz von staatlichen Vorratslagern***

Da es leider sehr viele Gerüchte und Halbwahrheiten gibt, möchte ich versuchen, die "Nichtexistenz" von staatlichen Lagern zu beweisen.

1. Die Strukturen der Verwaltung in Österreich sind sehr transparent. Es gibt im offiziellen Amtskalender der Republik keinerlei Anzeichen dafür, dass Posten und Planstellen existieren, die sich mit der Lebensmittellagern befassen. Weder im Innenministerium, noch im Verteidigungsministerium, im Wirtschaftsministerium und auch nicht im Bundeskanzleramt.

Wer diesem Argument nicht glaubt (oder annimmt, das Fehlen dieser Posten sei eben ein Indiz für die Geheimhaltung der Lager), der möge sich vor Augen halten, dass zur Zeit des Kalten Krieges, sogar die Standorte der "geheimen Geschütz-Stellungen" aus dem Grundbuch und dem Flächenwidmungsplan ablesbar waren. Wer also ernsthaft glaubt, dass der Name eines Lagerleiters, der auf ein paar Sack Erdäpfel achtgeben würde, sei in Österreich ein streng gehütetes Staatsgeheimnis, dem kann ich leider nicht helfen...

2. Exakter wird das Thema jedoch, wenn man sich die Rechnungshofberichte der Länder ansieht:

Ich beginne mit der Steiermark - aus dem Rechnungshofbericht ZI 001.506/114-E1/03

Im Internet abrufbar unter [www.rechnungshof.at](http://www.rechnungshof.at)

### *Materielle Ressourcen*

*Die Landesregierung betreibt auf dem Gelände der Feuerwehr und Zivilschutzschule ein Lager mit Geräten und Materialien, die im Katastrophenfall für verschiedene Einsätze erforderlich sind. Ebenso werden Einsatzgeräte und Materialien bei den einzelnen Feuerwehrstützpunkten gelagert. Das Inventar (zB Pumpen, Spezialgeräte ua) dieser Lager ist in die Katastrophenschutzpläne aufgenommen. Weiters betreibt das Rote Kreuz aufgrund interner Richtlinien in Graz ein zentrales Lager, dessen Inventarverzeichnis der Fachabteilung 7B zur Verfügung steht.*

*Um die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln sicherzustellen, hält die Fachabteilung 7B seit 1988 regelmäßig alle zwei Monate einen Jour-fixe mit Vertretern von Unternehmungen des Lebensmittelhandels sowie der Wirtschaftskammer Steiermark ab. Bei diesen Besprechungen werden Fragen der Versorgung der Landesbevölkerung und der sich in der Steiermark aufhaltenden Personen unter den sich ständig ändernden Bedingungen erörtert. Weiters werden in Planspielen und Übungen für die unterschiedlichsten Versorgungsszenarien Lagebeurteilungen für die krisenrelevante Versorgungswirtschaft angestellt.*

Um es in kurze und knappe Worte zu fassen: Das Bundesland hat keine Lebensmittelvorräte. Man trifft sich zu Gesprächen mit dem Handel. Ich möchte den Wert diese Gespräche in keiner Weise herabwürdigen - ich kann mir aber nicht vorstellen, wie man im Fall eines hyperinflationären Kollaps den einzelnen Händler dazu bewegen möchte, seine Güter gegen bedruckte Papierschnippel zu tauschen. Dazu aber später mehr.

Ein anderes Beispiel: das westlichste Bundesland Vorarlberg ist nicht besser positioniert. Aus dem Rechnungshofbericht ZI 001.508/089-E1/04

#### *Lagerhaltung und Bevorratung durch die Gemeinden*

*Gemäß dem Katastrophenhilfegesetz kann die Landesregierung die Mindestausstattung der gemeindeeigenen Materiallager, die sich bei den Ortsfeuerwehren befinden, festlegen. Obwohl keine entsprechende Verordnung erlassen wurde, haben die Gemeinden laut Mitteilung der Abteilung Ia mit Hilfe der Landesförderung einen Ausrüstungsstand erreicht, der über dem liegt, der in einer Mindestausstattungsverordnung festgelegt werden könnte. Überdies würden sowohl private Haushalte als auch Beherbergungsbetriebe im eigenen Interesse über ausreichende Lagerbestände an lebensnotwendigen Gütern verfügen; bisher hätten auch extreme Schnee- und Lawinensituationen zu keinen Versorgungsengpässen geführt.*

*Der RH beurteilte die zur Sicherstellung von Materiallagern in den Gemeinden von der Landesregierung gewählte Vorgangsweise als zweckmäßig. Die im Amt der Landesregierung vertretene Auffassung hinsichtlich der Sicherung der Versorgung mit lebensnotwendigen Gütern bestätigte sich im Zuge von Gesprächen des Beauftragten des RH mit Bürgern exponiert gelegener Gemeinden.*

Auf gut deutsch: Es gibt keine Landesvorräte, die Vorarlberger in ihren Bergtälern wissen aber, dass sie selbst vorsorgen müssen.

Ein besonders extremes Negativbeispiel ist Wien:

Zivilschutz besteht in Wien aus der Feuerwehr, der man (im Laufe der Jahre) zusätzliche Aufgaben (wie z.B. die „Handhabung der Eichenprozessionsspinner-Verordnung“) umgehängt hat.

Nach meiner Einschätzung ist der gesamte „Geschäftsbereich Organisation und Sicherheit“ MD-OS - Gruppe Krisenmanagement und Sofortmaßnahmen ein hohler Torso, der keinerlei Verknüpfung zur praktischen Umsetzung hat.  
<http://www.magwien.gv.at/advuew/internet/AdvPrSrv.asp?Layout=stelle&Type=K&stellecd=1995072808501569&STELLE=Y>

Eine Bestärkung dieses erschütternden Bildes, findet man bei den „Seminaren“ des Zivilschutzverbandes Wien vor:

<http://www.diehelferwiens.at/seminare-fuer-alle>

„Sicherheit im Alltag“ (ein Inhalt der in Niederösterreich drei Tage benötigt) wird in 3 Stunden abgehandelt. Zum Ausgleich gibt es aber überaus wichtige Seminare mit Inhalten wie „Welche Zimmerpflanzen können für Haustiere giftig sein?“.

Ich hoffe, dass die Wiener – wenn sie soweit sind, ihre Haustiere essen zu müssen – sich an diese Verantwortungslosigkeiten erinnern.

### --- Was gibt es? ---

Nach dieser (hoffentlich deutlichen) Ernüchterung möchte ich mich damit befassen, was existiert. Und welche Schlussfolgerungen man aus dem Existierenden ziehen kann.

### --- brauchbare Vorratzzusammenstellungen ---

Es mag vielleicht für regelmässige Leser diverser Prepardness-Seiten profan klingen, aber es gibt von staatlicher Seite gute und brauchbare Vorschläge für die Zusammenstellung von Lebensmittelvorräten. Auch wenn es reizvoll ist, eine Webseite zu lesen, auf der die Zucht von Wasserlinsen in der Badewanne beschrieben wird, so macht es doch Sinn, die eigenen Lebensmittelvorräte nach den Empfehlungen von Profis zusammenzustellen.

Ich sehe es weder als sinnvoll, noch als nützlich, die Broschüren jetzt im Volltext einzufügen - wesentlichstes Grundelement jeder Überlegung, sollte die Broschüre "**Der krisenfeste Haushalt**" sein.

[http://www.siz.cc/file/download/Broschure\\_Bevorratung\\_Folder.pdf](http://www.siz.cc/file/download/Broschure_Bevorratung_Folder.pdf)

Während einer Pandemie oder auch in den letzten Zügen eines Staatbankrotts, wird es behördliches Handeln und Agieren geben. Der Rahmen der Handlungen wird aber immer(!) der Bürger sein, der früheren Empfehlungen gefolgt ist. Oder einfach gesagt: Bei allen Planungen wird der Staat (oder der Beamte) immer davon ausgehen, dass der Bürger sich an die Vorratsempfehlungen gehalten hat. Wer nur zwei Tiefkühlpizzas zuhause hat, wird nicht(!) der Massstab der Planung sein. Ebenso wird es auch in der Rechtsprechung in der folgenden Phase der Normalisierung sein:

Bei einem Verfahren wegen z.B. Mundraub darf derjenige, der nicht vorgesorgt hat, nicht mit der selben Milde rechnen, wie der Bürger, der seinen empfohlenen Vorrat zuhause hatte.

Was gibt es noch an Info-Material:

Wer sich tiefer mit der Materie beschäftigen will, sollte sich vielleicht auch die Strahlenschutz- und die Pandemiebrochüren ansehen.

Aus welchen Gründen auch immer, verlinkt das Innenministerium derzeit nicht auf Brochüren, die sich mit Vorratshaltung beschäftigen:

[http://www.bmi.gv.at/cms/BMI\\_Zivilschutz/broschueren/start.aspx](http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_Zivilschutz/broschueren/start.aspx)

Die Brochüren über Vorratshaltung findet man auf der Seite des "Sicherheitsinformationszentrums"

<http://www.siz.cc/bund/download#1>

### --- Lebensmittelkarten ---

Ich habe schon ein paarmal das Argument gehört: „Aber es gibt doch Lebensmittelkarten!“

Es wird diskret behandelt, aber es ist nicht geheim: Es gibt Lebensmittelkarten - - aber kein, mir bekanntes Konzept dazu.



Abbildung 1:

<http://www.magwien.gv.at/sicherheit/krisenmanagement/einsatzplan.htm>

(ganz unten, Sondereinsatzpläne "Bezugskarten")

Die Lebensmittelkarten existieren körperlich (in gedruckter Form), aber sie sind nicht in ein tragfähiges Konzept eingebunden.

Die Grundidee hinter Lebensmittelkarten ist, dass man damit das Horten von knappen Gütern verhindern möchte - und so die vorhandenen Güter möglichst gleichmässig auf die gesamte Bevölkerung verteilt.

Wie man an dem Scan erkennen kann, sind den einzelnen Abschnitten keine Mengen zugeordnet. Die Idee ist, dass man im Anlassfall eine Inventur aller Bestände macht, so die vorhandene Gesamtmenge an Lebensmitteln erfasst und diese Menge dann durch die Anzahl der Personen teilt.

So weit, so nett.

In den 50er und 60er Jahren war es so, dass der Staat laufend über die Informationen verfügte, wie hoch der Lagerstand in den verschiedenen Bereichen der Produktionskette war. Die oben erwähnte Empfehlung eines Vorrats über 14 Tage ging davon aus, dass innerhalb von 2 Wochen, die Inventur aller Bestände gemacht ist, die Mengen pro Kartenabschnitt berechnet und die Karten an die Bevölkerung ausgegeben sind.

Dieses Szenario ist heute nicht haltbar. Die gesamte Lebensmittelversorgung ist auf Just-in-Time-Lieferungen umgestellt. Dies bedeutet, dass keine Lager mehr existieren, in denen amtliche Erbsenzähler ihres Amtes walten können. Das bedeutet aber auch, dass die gesamte Logistik, nicht mehr mit irgendwelchen aufgeklebten Papierschnipseln vereinbar ist. Außerdem wird derzeit ein grosser Teil des Kalorienbedarfs über Convenience-Produkte (Tiefkühlteiglinge, Fertiggerichte usw) gedeckt. Ein Konzept, das (wie auf der abgedruckten Karte erkennbar) auf Getreide und Fleisch basiert, ist mit der bestehenden Distribution (Schinkenpizza und Fertigravioli) nicht vereinbar. Eine Umstellung auf staatliche Zwangszuteilungen wäre daher damit verbunden, die gesamte Logistik (und damit auch die Produktion) umzustellen. Und dies würde keinesfalls innerhalb von 2 Wochen funktionieren, sondern mehrere Monate(!) brauchen.

Abgesehen davon, bleibt (gerade im Kollaps des Geldwesen, bzw im Staatsbankrott) eine wesentliche Frage offen:

Wie will der Staat jemanden dazu bewegen, seine wertvollen Güter gegen wertlose Papierabschnitte herzugeben?

Die einfachste Antwort: "mit Gewalt" ist nur am allerersten, flüchtigen Blick sinnvoll. Ein derartiger Eingriff in Eigentumsrechte

1. ist mit der Verfassung und allen Grundrechten nicht vereinbar
2. führt sofort zu Leistungsverweigerung
3. nicht einmal den repressivsten Regimes im Zweiten Weltkrieg gelungen.  
Die offiziellen Regale waren leer – und der Staat versuchte den Schwarzmarkt zu unterdrücken

Eine repressive, staatliche Zwangszuteilung wäre der Todesstoss für die Versorgung - und würde mehr schaden als nützen.

Ich hoffe, dass dies auch von den entsprechenden Entscheidern verstanden wird.

Ich möchte noch ein paar Eckpunkte eventueller staatlicher Notversorgung beleuchten:

- Der Staat besitzt die Daten der Urproduktion. Jedes Schweinchen ist gefördert von der EU, hat seine nummerierten Ohrclips und sein Weg ist dadurch bis zur Kühltheke nachvollziehbar. Dies gilt jedoch nur für Schweine und Rinder. Da tierisches Eiweiss im Crash ein sehr rares Produkt wird, sind diese Daten nur von begrenztem Nutzen.
- Viel wesentlicher ist der Weg von Getreide und Hülsenfrüchten. In diesem Bereich sind die Lagerhäuser der Schlüssel. Bei jeder Ausgabe von Lebensmittelkarten stellt sich die Frage, wie lange es dauert, eine völlig neue Logistikkette zwischen Lagerhaus und Konsument aufzubauen.
- Eine Überlegung aus Deutschland lautet: *"Wie die Analyse der Veränderungsspielräume der einzelnen Ausgabepositionen zeigt, ist es einem durchschnittlichen 4-Personenhaushalt in Krisenzeiten zuzumuten, 50 % des Einkommens für die Ernährung aufzuwenden. D.h. für weite Teile der Bevölkerung sind Preissteigerungen um den Faktor 3-3,5 zumutbar. Durch Umschichtung innerhalb der Position "Nahrungsmittel" von Genussmitteln zu Grundnahrungsmitteln lässt sich sogar eine größere Preissteigerung abfangen."*  
<http://tinyurl.com/djcff7> Seite 41

Was wären sinnvolle staatliche Massnahmen?

1. **Sicherstellen von Bahnverkehr, Energieversorgung und Kommunikation**

Eine sinnvolle staatliche Massnahme liegt in der Sicherstellung des Bahnverkehrs und der Versorgung mit Elektrizität. Da sich aber neue Logistikketten bilden müssen, ist es wesentlich, dass der Informationsaustausch zwischen möglichen Handelspartnern funktioniert. z.B.: der Bauer, der 150 schlachtreife Schweine im Stall hat, aber keinen liquiden Abnehmer in seinem Umfeld findet, braucht das Internet, um neue Abnehmer zu finden.

2. **Marktsicherheit garantieren**

Die Erfahrungen in Argentinien zeigen, dass die Marktsicherheit ein wesentliches Element beim neuerlichen Erstarren einer arbeitsteiligen Gesellschaft ist. Wenn die Sicherheit auf Marktplätzen aber nicht vom Staat garantiert wird, so ist sein Anspruch auf das Sicherheitsmonopol für lange Zeit verloren. Damit steht in direktem Zusammenhang der Punkt 3).

### 3. **keine Eingriffe in Güterbewegungen**

Auch wenn es in einer zusammenbrechenden Wirtschaft paradox erscheint, aber die Massnahme, die am schnellsten und effektivsten wirkt, ist keine Massnahme. **Keine** Beschlagnahmen von "schwarz" gehandelten oder produzierten Waren, **keine** Eingriffe in das Eigentum von Herstellern, Händlern oder Konsumenten. Es mag vielleicht unfair erscheinen, dass jemand für einen Laib Brot einen Ring oder eine goldene Uhr zahlt - aber es wirkt enorm motivierend Brot zu backen - und damit verbessert es die Versorgungssituation.

Was sind die Schlussfolgerungen aus den beschriebenen Fakten?

- Es gibt keine staatlichen Vorräte für die Bevölkerung.
- Möglicherweise werden Verteilungsmassnahmen mehr schaden als nützen.
- Es wird relativ lange dauern, bis wieder ein funktionierendes Logistiknetz besteht.

Vertiefende Fachinformationen findet man z.B. in Band 47 "Organisation der Ernährungsnotfallvorsorge (ENV) aus der "Forschungsreihe Zivilschutz"  
<http://tinyurl.com/djcff7>

**Ich empfehle daher jedem, einen Lebensmittelvorrat, der für 3 Monate reicht, anzulegen.**

[http://www.siz.cc/file/download/Broschure\\_Bevorratung\\_Folder.pdf](http://www.siz.cc/file/download/Broschure_Bevorratung_Folder.pdf)

Die Weitergabe dieses Artikel ist (in unveränderter Form) erwünscht und gestattet.  
Der Autor ist in Zivilschutzfragen ausgebildet  
und unter [crashvorsorge@web.de](mailto:crashvorsorge@web.de) erreichbar.